

An die Bevölkerung!

Die Knappheit an Lebensmitteln und die immer höher werdenden Preise haben, wie an vielen anderen Orten, so auch in Dresden zu Demonstrationen der Verbraucher und Erwerbslosen und diese wiederum zu Verhandlungen mit den zuständigen Behörden geführt. Eine restlose Befriedigung der Demonstranten konnte dabei nicht erzielt werden, weil nicht alle ihrer Forderungen erfüllbar waren und der Versuch ihrer restlosen Erfüllung eine Schädigung der allgemeinen Nahrungsversorgung bedeutet hätte. Das Lebensmittelamt hat den Forderungen jedoch den Nachweis erbracht, daß in der Tat alles getan worden ist und weiter getan werden wird, durch behördlichen Druck auf die Preisbildung und durch andere Mittel einen Abbruch der Preise zu erzielen.

In Sachsen ist die Ernährungslage am schwierigsten von allen Ländern Deutschlands. Die Stadt Dresden allein bedarf an Kartoffeln wöchentlich 81 Waggons zu 200 Zentner, um nur 3 Pfund auf den Kopf und die Woche verteilen zu können, bei 150 Gramm Fleisch auf den Kopf und die Woche sind 54 Rinder nötig, bei 3 Pfd. Mehl auf den Kopf etwa 16000 Zentner Mehl, ungeheure Mengen also, die durchweg von auswärts hereingeschafft werden müssen.

Trotz weitgehendster Zusicherung an die Demonstranten haben nunmehr irgeleitete Massen Gewalttätigkeiten verübt, die die Aufrechterhaltung der Ernährungsmöglichkeit unserer Bevölkerung ernstlich gefährdet und bei Fortsetzung sogar unmöglich machen. Die Regierung wird weiter bemüht sein, durch alle geeigneten Mittel den auch von ihr als notwendig anerkannten Abbruch der Preise nach besten Kräften zu fördern. Die Regierung ist aber im Interesse der Aufrechterhaltung der Ernährungsmöglichkeit verpflichtet, gegen Ruhestörungen und gegen Gewalttätigkeiten mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Die Allgemeinheit darf unter dem Terror demagogischer Verfälscher nicht leiden. Die Verantwortung für die Folgen eines energischen Vorgehens gegen Ruhestörer unseres Wirtschaftslebens tragen diejenigen, die die Notlage der Bevölkerung durch Veranstaltung von Putsch und Unruhen im Interesse ihrer egoistischen Sonderbestrebungen rauben.

Dresden, den 14. Juli 1920.

Der Ministerpräsident Buß.

Zimmer noch keine Klärung

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 14. Juli. Nach einem Telegramm der Nationalzeitung aus Spaa, meint man in unterrichteten Kreisen zu der Ansicht, daß die Aussichten sich doch einigermaßen günstig haben. Man ist jedoch weit davon entfernt, in einen rosigen Optimismus zu verfallen, weil die Konferenz ausschließlich auf einen anderen Ton angeht, als der in der vorigen Woche der Fall war. Die Meinungen sind sehr geteilt; während man in dem einen Lager glaubt, daß man die Konferenz nun doch auf dem Wege einer Verhandlung bringen könne, das für Deutschland gewiß nicht ungünstig wäre, meint die andere Gruppe, daß die augenblickliche Entspannung sich als nur vorübergehend erweisen wird. Daß diese pessimistische Ansicht nicht ganz unbegründet ist, dürfte nicht von der Hand zu weisen sein. Es wird daran erinnert, daß die Entente hier an dem von ihr angeführten Babeln festhält. Die Differenz, die zwischen der Entente und der deutschen Forderungen liegt, ist doch noch zu groß, als daß sich so leicht eine Einigung erzielen ließe. Die Meinung der Gruppe, die glaubt, daß manmehr der Annahme der Verhandlungen begonnen habe, stützt sich vorwiegend auf die Tatsache, daß wirklich die Sachverständigenberatungen der Konferenz abgehalten worden, wodurch von vornherein die gegenseitigen Standpunkte einander näher gebracht werden. Ein Urteil darüber zu fällen, welche von den beiden Gruppen Recht behalten dürfte, ist nicht möglich, denn es befindet sich alles noch in der Schwebe.

Erfolg der deutschen Taktik?

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Spaa, 14. Juli. In einer Besprechung mit Fehrenbach und Simon, die gestern nachmittag stattfand, teilten die Vertreter der Alliierten mit, daß sie angelehnt der Haltung der deutschen Kohlen-Sachverständigen eine Anfrage an die deutsche Regierung richten wollten, welche für die Alliierten annehmbare Mengen an Kohlen Deutschland liefern würde.

Internationale Finanzkonferenz

Paris, 12. Juli. Nach einer Blättermeldung aus Spaa wird die vom Völkerbund auf den 23. Juli nach Brüssel einzuberufende internationale Finanzkonferenz wahrscheinlich auch dann stattfinden, wenn bis dahin die in Spaa geführten Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Nach dem Echo de Paris soll der Entschluß Millerand's, in Spaa zu bleiben, auf dem Einfluß Lloyd Georges zurückzuführen sein, der erklärt habe, die öffentliche Meinung Englands, besonders aber das englische Parlament, würden einen raschen Abschluß der Verhandlungen nicht wünschen. Nach einer Mailumgebung spielt bei der Erwägung, die Verhandlungen fortzusetzen, auch die Frage der Behebung des Ruhrgebietes eine Rolle. Es besteht nämlich die Gefahr, daß, wenn man diese Mittel anwendet, die Bergarbeiter aller Länder sich zu einer gemeinsamen Bewegung einigen würden.

Vor schweren Entschlüssen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 14. Juli. Von alliierter Seite verlautet, daß Wilson und Hoch telegraphisch nach Spaa berufen worden sind und daß für übermorgen eine Sitzung mit den deutschen Delegierten stattfinden wird. Die Lage wird als ernst angesehen. Scheinbar hat das Hineinwerfen der Oberschlesischen Frage in die Debatte, die Spannung erhöht.

Ueberfall auf den Vertreter des W. T. V.

Berlin, 13. Juli. Meldungen aus Köln berichten, daß der Vertreter des W. T. V. in Spaa gestern abend von angewandten Betrunknen Straßenpassanten schwer mißhandelt wurde. Amerikanische Rettungsverteiler hätten ihn vor weiteren Mißhandlungen geschützt. Ueber die Einzelheiten des Vorfalls liegen dem W. T. V. noch keine Nachrichten vor.

Berlin, 13. Juli. Weitere Nachrichten über den gegen den Vertreter des W. T. V. in Spaa verübten Ueberfall besagen, daß der Angriff zunächst von einem belgischen Offizier ausging,

dem sich später ein augenscheinlich in Begleitung des Offiziers befindlicher Privatling hinzugesellte. Ein englischer Soldat machte der Szene ein Ende. Die erforderlichen Schritte sind sofort eingeleitet worden.

Spaa, 13. Juli. In der Angelegenheit der Waffenschiffung des Vertreters des W. T. V. hat Reichsminister Dr. Simon heute vormittag an den Generalsekretär der Konferenz eine Note gerichtet, in der er die belgische Regierung bittet, ihrerseits den Sachverhalt festzustellen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dabei hat er darauf hingewiesen, daß der Reichsminister mit Rücksicht auf die Verantwortung der öffentlichen Meinung in Deutschland für die baldige Erledigung dankbar sein würde. Der Generalsekretär der Konferenz hat sofort an den Minister des Auswärtigen in Brüssel berichtet und im voraus sein Bedauern über den Zwischenfall ausgesprochen, der womöglich noch im Laufe des heutigen Tages erledigt werden wird.

Die Türken

Paris, 11. Juli. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Konstantinopel soll Mustafa Kemal Pascha dem Sultan geschrieben haben, die Lage der Nationalisten in Anatolien sei günstig, trotz der griechischen Heeresberichte. Er habe 3000 Griechen, darunter zwei Generale, gefangen genommen, und sofort die Leiden als auch die Gefangenen hätten ihm Hilfe versprochen. Die Leiden würden sogar den Arabern gegen die Franzosen in Syrien helfen. In einem Manifest sagte Kemal, die Engländer und Griechen seien die größten Feinde der Türkei. Er empfehle aber Rücksicht gegenüber den Franzosen und Italienern.

Griechenland

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Triest, 14. Juli. Aus Griechenland melden Nachrichten, daß dort eine Aktion am Werke ist, um den entthronten König Konstantin wieder auf den Thron zu bringen. Diplomatische Entente-Vertreter in Griechenland erklärten, daß die Entente die Wiederkehr des Königs nicht dulden würde.

Polens verzweifelte Lage

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Warschau, 14. Juli. Aus Warschau wird gemeldet, daß die Volksbewegung eine energische Offensive mit 15 Divisionen an der Vercina unternommen haben. Die Polen erlitten große Verluste. Sie verteidigten sich standhaft und können in voller Ordnung den Rückzug fortsetzen.

Kopenhagen, 13. Juli. Nach einem Telegramm aus Warschau wird offiziell gemeldet: Die Polen haben die Linie längs des Wilkajass aufgegeben. Die Bolschewiken haben jetzt die Festungswerke von Wlaski erreicht. In der Gegend des Pripiet hat General Belajewitsch die Rückhut der Bolschewiken eingeholt und Dwuraz besetzt. Die Bolschewiken erlitten eine vollständige Niederlage und hinterließen 400 Tote, 200 Gefangene und große Beute. Die Gruppe Wajewitsch hat die Streitkräfte Wladenski geschlagen. Diese sind nach Rawno geflüchtet. Eine bolschewistische Kavalleriebrigade wurde vollständig vernichtet. Die Polen eroberten acht Geschütze.

Paris, 12. Juli. Journal des Debats meldet aus Spaa, daß sich der Oberste Rat verpflichtet habe, zwischen Polen und Sowjet-Rußland wie folgt zu vermitteln: Polen solle dem Obersten Rat bedingungslos die Grenzfestsetzung überlassen, auch die Entscheidung hinsichtlich Danzig und Teschen. Die polnischen Truppen sollen sich auf die Linie Grodno-Breslittowst zurückziehen die Sowjettruppen 60 Kilometer davon entfernt vorrücken. Die Alliierten würden jedoch Polen unterstützen, falls die roten Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten sollten. Die Friedenskonferenz soll in London stattfinden mit Sowjet-Rußland, Polen, Finnland, Litauen und Belgien.

Abstimmung in Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 14. Juli. Wie die deutsche Allgemeine Zeitung hört, ist die preussische Regierung inoffiziell von alliierter Seite davon verständigt worden, daß die Abstimmung in Oberschlesien Ende September, spätestens Anfang Oktober stattfinden wird.

Danktelegramm des Reichsministers und der preussischen Regierung an die Ostmark

Der Reichsminister dankte aus Spaa nachstehendes Telegramm an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen:

Das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen ist ein heller Lichtblick in schwerer, trüber Zeit. Deutsche Treue konnte sich in diesen Tagen nicht schämer und überzeugender erweisen. Ich bitte Sie, der Bevölkerung der preussischen Ostmark, die in so erheblicher Weise für das alte Vaterland Zeugnis abgelegt hat, den allerherzlichsten Dank der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen.

Die Preussische Staatsregierung hat an den Oberpräsidenten in Königsberg, dem Staatskommissar Herrn v. Gahl in Allenstein und dem Staatskommissar Graf Sandtjinn in Marienwerder folgende Kundgebung erlassen:

Den Wirbürgern in dem Ostpreussischen und Westpreussischen Abstimmungsgebiet und besonders noch denen in Ermland und Masuren, die ihrer Treue zum preussischen und deutschen Vaterlande einen so überwältigenden Ausdruck verliehen haben, sagt die preussische Staatsregierung ihren wärmsten Dank. Wir wußten, daß die Bewohner des Landes, das dem ganzen Staate den Namen gegeben hat, die letzten sein würden, die Preußen im Stiche lassen.

Kommunistische Geheimtätigkeit

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

München, 14. Juli. Am 7. Juli war in München eine geheime Sitzung der kommunistischen Partei, in welcher beschlossen wurde, auf keinen Fall die gegenwärtigen Lebensmittellieferungen zu unterbrechen, sondern im Gegenteil zu beschleunigen, und zwar in der Erwartung, daß in 2 Monaten vielleicht schon wieder die Armeesowjet-Rußland an der deutschen Ostgrenze angelangt sein wird, und dann erst der geeignete Zeitpunkt für eine durchgreifende Aktion gekommen sein wird.

Ein Abenteuer Hindenburgs

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 14. Juli. Generalfeldmarschall von Hindenburg ist, wie aus Danneberg gemeldet wird, am Montag abend bei einem Einbruchversuch in seiner Villa nur mit knapper Not dem Tode durch die Abwehr eines jugendlichen Verbrechers entgangen. Der Feldmarschall ist unverletzt geblieben. Leider gelang es dem Verbrecher zu entfliehen. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat sich am Montag abend mit seinem Diener allein in seiner Villa befand, hörte plötzlich in seinem Hinterzimmer ein Geräusch. Als er diesem nachging, sah er vor einem kleinen Schrank einen jungen Mann in grauer Kleidung stehen, der dessen Inhalt betrachtete. Der Generalfeldmarschall nahm an, daß es sich um einen Dieb handelte, der im Hause zu tun hatte. Dann fragte er: Was machen Sie denn da? worauf der Unbekannte sich umdrehte und feststellte: Ich habe Sie mich geben, ich bin auf Abwege geraten und werde es nicht wieder tun. Der Feldmarschall hielt jedoch den jungen Mann am Kopf fest und versuchte, ihn in sein Arbeitszimmer zu bringen. Dabei entstand ein heftiges Ringen, bei dem mehrere Möbelstücke umfielen. Als der Verbrecher sah, daß er nicht entkommen konnte, zog er einen Revolver aus der Brusttasche und schob; der Schuß ging vorüber.

Ein politischer Mord?

Königsberg, 13. Juli. Gestern abend während eines Spazierganges der Bruder des früheren Oberpräsidenten von Vatoch, der ehemalige Landrat im Kreis Tadel, Hugo Vatoch, der auf dem zur Herrschaft Tadelau gehörenden Forstort wohnt, von einem unbekannten Täter erschossen. Man vermutet, daß der Tat vielleicht eine Personenderwechselung zugrunde liegt.

Sächsische Volkskammer

Dresden, den 13. Juli.

Die Volkskammer setzte in ihrer heutigen 135. Sitzung zunächst die Erörterung fort.

Auf Vorschlag des Haushaltsausschusses B wurden die Einnahmen und Ausgaben für Kapitel 8 des ordentlichen Staatshaushaltsplans betr. die Porzellanmanufaktur und desgleichen Kapitel des Rechnungsjahres für 1916/17 genehmigt.

Weiter beantragte der Haushaltsausschuß B bei Kapitel 18 des ordentlichen Staatshaushaltsplans für 1920 betr. das Dausarbenwerk Oberschlesien. Die Einnahmen mit 4 870 000 Mark und die Ausgaben mit 4 600 000 Mark zu bewilligen und die Einstellung